

# Schafft Kalter Krieg Macht?

Hannes Adomeit

Nein, Kalter Krieg schafft keine Macht. Macht muss bereits verfügbar sein, um im Kalten Krieg bestehen zu können; sie wird nicht erst durch den Kalten Krieg geschaffen. Anders kann es sich allerdings mit der *Drohung* verhalten, einen Kalten Krieg zu beginnen beziehungsweise mit Warnungen, dass die Fortsetzung einer bestimmten Politik einen Kalten Krieg heraufbeschwören würde. Dies kann in der Tat „Macht“ in dem Sinne schaffen, dass Einfluss auf die Politik von Partnern oder potentiellen oder aktuellen Gegnern ausgeübt wird.

Ein wichtiges Beispiel dafür hat das Russland unter Wladimir Putin geliefert. Die Rede, die der russische Präsident am 10. Februar 2007 auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik hielt, war als ernste Warnung an die Adressen der Vereinigten Staaten und all derjenigen Staaten in Europa zu verstehen, welche bereit waren, die Politik der Regierung Georg W. Bushs weiterhin zu unterstützen. Der Kern der Botschaft Putins bestand darin, dass eine Fortsetzung der Russland- und Europapolitik der Vereinigten Staaten zu einer Verschärfung des Verhältnisses zwischen Russland und den USA (und der NATO) und „unweigerlich“ zu einem neuen Wettrüsten führen würde.<sup>1</sup> Als ob diese Gefahr konkretisiert werden sollte, kündigte Putin in München an, Russland werde den Vertrag über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) aussetzen.<sup>2</sup>

Der Begriff „neuer Kalter Krieg“ wurde von ihm nicht ausdrücklich gebraucht, es war aber offensichtlich, dass diese Gefahr beschworen werden sollte. Sprecher des Kremls und des russischen Generalstabs stellten dies unter anderem mit der Warnung sicher, dass die amerikanischen Pläne zum Aufbau von Komponenten der amerikanischen strategischen Raketenabwehr in Ostmitteleuropa zu einer Krise wie in Kuba im Jahre 1962 führen könnten. Zudem verglichen sie die Pläne der Stationierung von Abwehraketten in Ostmitteleuropa mit der Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (Pershing-2 und Marschflugkörper) in Westeuropa nach 1983 – also zu einem Höhepunkt des Kalten Krieges.<sup>3</sup>

Nachfolgend sollen zuerst der Aufbau der russischen Drohkulisse beschrieben werden, danach die westlichen Reaktionen und schließlich die Folgen, die daraufhin überprüft werden, ob die impliziten Warnungen vor dem Ausbruch eines neuen Kalten Krieges als eine erfolgreiche Anwendung von Macht und Manifestation politischen Einflusses angesehen werden können. Dies wäre dann gegeben, wenn sich die USA und mit ihnen verbündete europäische Staaten von der von Putin zur Gefahr erklärten Politik abgewandt hätten.

### **Drohkulisse „neuer Kalter Krieg“**

Wie im Kalten Krieg von 1948 (Berlin-Krise) bis 1989 (Fall der Mauer), standen beim Aufbau der russischen Drohkulisse militärische Fragen im Vordergrund. Angriffspunkt Putins war die Militärpolitik der USA im europäischen Vorfeld Russlands, die Verbindung – in Putins Sicht – von Demokratieförderung und militärischem Ausgreifen auf den postsowjetischen Raum in einem einzigen strategischen Ansatz. Dabei setzte er die Politik von USA und Nato gleich. Insbesondere kritisierte er die Pläne der USA, Komponenten ihrer strategischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu stationieren und „sogenannte flexible Frontlinienbasen mit [einer Personalstärke von] bis zu 5 000 Mann“ (vermutlich gemeint in Rumänien und Bulgarien) aufzubauen. Putins schärfste Kritik richtete sich allerdings gegen die Osterweiterung der Nato. Diese habe

*„nichts mit der Gewährleistung von Sicherheit in Europa zu tun. Im Gegenteil, sie stellt eine ernste Provokation dar, welche den Grad gegenseitigen Vertrauens mindert. Zudem haben wir ein Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Expansion? ... Und warum ist es notwendig, im Zuge dieser Expansion militärische Infrastruktur an unseren Grenzen aufzubauen?“*

Die Darstellung der NATO-Osterweiterung als „ernste Provokation“ fügte sich nahtlos zu der Charakterisierung der NATO als „aggressivem militärischem Block“ und dem immer wieder beschworenen Bild, dass dieser Block sich „immer weiter an die Grenzen Russlands“ vorschreibe und dadurch zu einer Bedrohung der russischen Sicherheit würde. Derartige Assoziationen hatte Putin schon vor dem Amtseintritt seiner ersten Amtszeit mit den Worten geweckt: „Wir sind über den Prozess der Nato-Expansion besorgt. Diese Organisation war und ist ein militärischer und politischer Block mit all den Attributen von Drohung welche ein Zusammenschluss dieser Art beinhaltet.“<sup>4</sup>

In München verband Putin den Angriff auf die NATO-Osterweiterung mit einer moralisch fundierten Anklage. Er zitierte (fälschlich) eine Äußerung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner vom 17. Mai 1990 mit den Worten:

*“Was ist mit den Versicherungen geschehen, die unsere westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Pakts abgegeben haben? Wo sind heute diese Erklärungen? Niemand erinnert sich noch daran, aber ich gestatte mir, die Zuhörer daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte aus der Rede des Nato-Generalsekretärs Herrn Wörner in Brüssel vom 17. Mai 1990 zitieren. Er sagte damals: „Die Tatsache, dass wir nicht bereit sind, eine Nato-Armee außerhalb deutschen Territoriums zu platzieren verschafft der Sowjetunion eine feste Sicherheitsgarantie.“ Wo sind diese Garantien?”<sup>5</sup>*

Zudem stellte Putin die Osterweiterung der NATO und das „militärische Vordringen“ der USA und der NATO an Russlands Grenzen mit der Weigerung der NATO-Staaten in Zusammenhang, den 1999 an neue Bedingungen angepassten Vertrag über konventionelle Rüstung (AKSE) in Europa zu ratifizieren. Er beklagte sich, dass Russland in Ausführung der Bestimmungen des angepassten KSE-Vertrags all seine schweren Waffen aus dem europäischen Teil Russland hinter den Ural zurückgezogen und seine Truppen „kürzlich“ um 300 000 Mann reduziert hätte, aber „unsere Partner Osteuropa mit neuen Waffen anfüllen – eine neue Basis in Bulgarien, und eine andere Basis in Rumänien, ein Raketenabschussgebiet und neue Raketen in Polen, eine Radaranlage in Tschechien (...)\”.<sup>6</sup> Russischer Auslegung zufolge sollte die Weigerung dazu dienen, NATO-Truppen in denjenigen Ländern zu stationieren, die sowohl KSE nicht ratifiziert als auch AKSE nicht unterzeichnet haben. Dies betrifft die Baltischen Staaten und Slowenien – rüstungskontrollpolitische „Grauzonen“ in russischer Terminologie. Zudem sei es unzulässig, so die Fortsetzung der russischen Argumente, die Ratifizierung von AKSE von der Einlösung der von Russland 1999 auf der OSZE-Gipfelkonferenz in Istanbul eingegangen Verpflichtung abhängig zu machen, Militärbasen in Georgien und der Moldau aufzulösen und seine Truppen nebst Munition von dort abzuziehen. Der Abzug aus Georgien fände statt, sogar beschleunigt, und die Truppen in der Moldau seien Friedentruppen.

Ein weiterer Hauptpunkt der Mischung aus Kritik und Drohungen betraf die amerikanischen Pläne zur Stationierung von Komponenten des nationalen strategischen Abwehrsystems, einer Radarstation in Tschechien und Abfangraketen in Polen. Auch mit diesem Argument wurde die oben erwähnte Drohung gerechtfertigt, dass sich Russland nicht mehr an die Bestimmungen der KSE-Verträge von 1990 und 1991 gebunden fühlen würde, falls die NATO-Staaten den modifizierten Vertrag nicht bis Ende 2007 ratifizieren sollten.<sup>7</sup> Zum geplanten Abwehrsystem erklärten hochrangige russische Politiker und Militärs, dieses sei gar nicht global konzipiert, richte sich gar nicht gegen „Schurkenstaaten“ wie Iran oder Nordkorea, sondern gegen *Russland*. Dadurch würden russische Sicherheitsinteressen betroffen. Ähnlich meinte der Kommandeur der Strategischen Raketentruppen, General Nikolaj Solowzow, die Verwirklichung der amerikanischen Raketenabwehrpläne würde „zweifellos das strategische Gleichgewicht beeinflussen“; Russland würde „gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen“.<sup>8</sup> Die Rüstungskonkurrenz – in anderen Worten – könnte nicht nur bei den konventionellen Waffen wieder aufgenommen werden (Ausstieg aus dem KSE-Vertrag), sondern auch im nuklearstrategischen Bereich.

Wie eingangs erwähnt, war die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion, den USA und der Nato über die Stationierung sowjetischer (SS-20) und amerikanischer Mittelstreckenraketen (Pershing-2 und Marschflugkörper) in Westeuropa einer der Höhepunkte des Kalten Krieges sowohl in seiner politischen als auch militärischen Dimension. Entsprechend dem von der Nato im Dezember 1979 gefassten „Doppelbeschluss“ – Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über eine beidseitige Begrenzung sowjetischer und US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen (INF) und für den Fall, dass die Verhandlungen zu keiner Einigung führen würden, Aufstellung von amerikanischen Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa – wurden nach dem Scheitern der Verhandlungen die Raketen ab 1983 aufgestellt. Im Laufe der scharfen Auseinandersetzungen zwischen Nato und Warschauer Pakt kam es zu Massendemonstrationen in Westeuropa. Regierungen in Westeuropa kamen ins Wanken. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Regierung durch ein „konstruktives Misstrauensvotum“ abgelöst.

So war offensichtlich, dass eine Drohung mit der Wiederaufnahme der Rüstungskonkurrenz einen rohen Nerv der europäischen öffent-

lichen Meinung treffen würde. Diese Absicht lag zweifelsfrei den Äußerungen des russischen Generalstabschefs, General Jurij Balujewskij, und des Kommandeurs der Strategischen Raketentruppen, General Nikolaj Solowzow, zugrunde. Sie drohten, Moskau könnte aus dem Vertrag vom November 1987 zur vollständigen Beseitigung atomarer Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag) aussteigen und haben davor gewarnt, dass Raketenabwehrstellungen in Polen, Tschechien „und anderen Ländern“ zu „Zielen der Strategischen Raketentruppen“ der russischen Streitkräfte werden könnten.<sup>9</sup> So bezeichnete Verteidigungsminister Iwanow am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz den INF-Vertrag als „Überbleibsel des Kalten Krieges“ und schlimmsten Fehler nationaler Sicherheitspolitik. Damit solidarisierte er sich mit den Militärs, die sich nie mit Gorbatschows Neuem Politischem Denken abgefunden hatten. General Solowzow beispielsweise bedauerte die „Verschrottung, die Beseitigung – auch der Abschussvorrichtungen – dieses brillanten Waffensystems“, und Generalstabschef Balujewskij klagte, dass „Russland dadurch, dass es sich an den INF-Vertrag gehalten hat, leider viele einzigartige Raketenmodelle verlor.“<sup>10</sup> In einem Anflug von Enthusiasmus führte der Kommandeur der Raketentruppen aus, dass es sich bei der Aufstellung von Mittelstreckenraketen nicht lediglich um die Wiederaufnahme der Produktion von SS-20-Raketen handeln würde, sondern um die Anwendung „neuer Technologien, neuer Systemelemente sowie neuer Komponenten und Kontrollsysteme“. All die Blaupausen und Technologien seien vorhanden, und die Rüstungsbetriebe könnten rasch ihre Arbeit aufnehmen.<sup>11</sup>

Eine weitere Drohung, dass die Rüstungskonkurrenz des Kalten Krieges nach Europa zurückkehren könnte, betraf die Stationierung von russischen Raketen kurzer oder mittlerer Reichweite im Gebiet (Oblast) Kaliningrad. Zum Untersuchungszeitraum befanden sich in der russischen Enklave an der Ostsee Kurzstreckenraketen vom Typ „Totschka“, die allerdings mit einer Reichweite von 120 km nicht die Dislozierungsräume der amerikanischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien erreichen konnten. Dies traf allerdings nicht für die SS-26 „Iskander“-Kurzstreckenrakete mit einer Reichweite von 289 km zu, in deren Reichweite zumindest die geplanten Abfangraketen in Polen lagen. Dieses Waffensystem kann wahlweise mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen bestückt werden, und als Trägersystem stehen ihm entweder ballistische Raketen oder lenkbare Flügelraketen zur Verfügung, damals allerdings nur erstere. Eigentlich hätte

„Iskander“ schon zwei Jahre früher die veralteten „Totschka“-Systeme ablösen sollen, wie der damalige Verteidigungsminister Sergej Iwanow angekündigt hatte. Aber „Totschka“ war weiterhin im Einsatz; außer einer Test-Einheit „Iskander“ – nicht zu verwechseln mit der Exportvariante Iskander-E – gab es zur Zeit der russischen Ankündigungen keine einsatzbereiten Systeme.<sup>12</sup>

Zu derartigen Akkorden martialischer Zukunftsmusik gehörten verschiedene Maßnahmen in der militärischen Wirklichkeit. So befahl Putin den russischen Luftstreitkräften im August 2007, die nach dem Kalten Krieg eingestellten Langstreckenflüge strategischer Bombenflugzeuge über atlantische und pazifische Seegebiete in Richtung Vereinigte Staaten wieder aufzunehmen – ein Schritt, den er damit begründete, dass der unilaterale Stopp der Flüge nach dem Ende der Sowjetunion Russlands Sicherheit beeinträchtigt hätte.<sup>13</sup> Die Strategischen Raketentruppen testeten öffentlichkeitswirksam eine neue Version der modernsten landgestützten Interkontinentalrakete, die RS-24 („Topol-M“), und die Marine die seegestützte Variante („Bulawa“); beide Raketen können bis zu zehn nukleare Sprengköpfe tragen. Im Sommer 2007 fanden die bisher größten Militärmanöver der Shanghai Organisation für Sicherheit (SOZ) auf russischem Territorium – in der Nähe von Tscheljabinsk im Ural-Gebirge – statt. In Anwesenheit Putins und des chinesischen Staatschefs Hu Jintao nahmen daran fast 6 000 Soldaten, Panzer, Kampfflugzeuge, Raketen, Hubschrauber und Fallschirmspringer teil.

Die Marinerüstung wurde ebenfalls in den Aufbau der Drohkulisse mit einbezogen. Im Juli 2008 kündigte ihr Chef, Admiral Wladimir Wysozkij, an, dass die Flotte in den nächsten 20 Jahren mit fünf bis sechs neuen Flugzeugträgern ausgestattet würde,<sup>14</sup> und wie in Sowjetzeiten sollte wieder ein Geschwader (*eskadra*) der Marine im Mittelmeer stationiert werden und sich dabei auf die schon in der Sowjetära benutzte Flottenbasis in Latakia in Syrien stützen.<sup>15</sup>

Für den Zeitraum von 2007 bis 2015 legte das Verteidigungsministerium ein Programm für die Modernisierung der russischen Streitkräfte auf, das rund 5 Billionen Rubel (197 Milliarden USD) kosten sollte.<sup>16</sup>

## **Ziel und Zweck der Drohkulisse**

Der Aufbau der russischen Drohung mit der Rückkehr zur Rüstungskonkurrenz im militärischen Bereich und mit scharfen politischen Spannungen in den Beziehungen zwischen Russland und den USA einerseits und verbündeten europäischen Staaten andererseits verfolgte klare, miteinander verknüpfte Ziele. Zu diesem „Paket“ von Zielsetzungen gehörte das Bemühen Moskaus,

- die Errichtung militärischer Infrastruktur der USA oder der NATO im europäischen Teil des postsowjetischen Raums zu verhindern;
- als konkreten Ansatzpunkt die geplante Stationierung von Komponenten der amerikanischen strategischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu Fall zu bringen;
- eine weitere Runde der Osterweiterung der NATO insbesondere unter Einschluss der Ukraine und Georgiens zu blockieren;
- sowohl auf die amerikanische als auch (mit potentiell größerem Erfolg) auf die europäische öffentliche Meinung – und in Europa auch auf die Regierungen – Einfluss zu nehmen, um eine Wende des außenpolitischen Kurses der Bush-Regierung zu bewerkstelligen;
- dem Anspruch Nachdruck zu verschaffen, dass der europäische Teil des postsowjetischen Raums russische Einflusssphäre sei.

Der Anspruch auf das „Nahe Ausland“ als russische Einflusssphäre besteht nicht erst seit der Münchner Rede Putins, sondern geht schon auf die Anfangszeit der Jelzin-Ära zurück, als der proatlantische Kurs Außenminister Kosyrews zunehmend ins Kreuzfeuer eines nationalpatriotischen Konsenses geriet. So stellte Jelzin im Februar 1993 fest: „Die Zeit ist gekommen, dass verantwortliche internationale Organisationen, die Vereinten Nationen eingeschlossen, Russland *Sonderrechte* als Garant des Friedens und der Stabilität auf dem Gebiet der früheren [Sowjet]-Union einräumen.“<sup>17</sup> Im Einklang mit derartigen Forderungen wurde in einem Erlass des Präsidenten vom September 1995 das „Territorium der GUS“ (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) als eine Region „grundlegender vitaler Interessen“ Moskaus und Russland als „führende Kraft bei der Entstehung eines neuen Systems zwischenstaatlicher und ökonomischer Beziehungen auf postsowjetischem Territorium“ bezeichnet.<sup>18</sup> Dieser Anspruch wurde im Oktober 1999 in der „Mittelfristigen Strategie“ Russlands gegenüber der EU wiederholt.<sup>19</sup> Russland, so wurde dort unumwun-

den erklärt, sei nicht an Integration im Sinne einer Übertragung von Souveränität an supranationale Institutionen interessiert. Die „positiven Erfahrungen“ der EU sollten lediglich dazu dienen, „Integrationsprozesse in der GUS“ zu fördern, partnerschaftliche Beziehungen mit der EU dazu beitragen, „Russlands Rolle als führende Macht [mit dem Ziel] zu konsolidieren, ein neues System zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen im GUS-Raum zu bilden“. Das Land müsse „die Freiheit behalten, seine Innen- und Außenpolitik zu bestimmen und auszuführen“ und „die Unabhängigkeit seiner Positionen und Aktivitäten in internationalen Organisationen“ sowie „seinen Status und Vorteile als euroasiatischer Staat und größtes Land der GUS“ zu wahren. Der GUS-Raum wird praktisch „off limits“ für die EU erklärt; entsprechend wird die EU mit den Worten gewarnt, Moskau werde „jeglichen Anstrengungen Widerstand entgegensetzen, welche die wirtschaftliche Integration in der GUS beeinträchtigen“. Moskau lehne „Sonderbeziehungen“ der EU mit einzelnen Ländern der Gemeinschaft [Unabhängiger Staaten] zum Schaden russischer Interessen“ ab.<sup>20</sup>

Der Anspruch auf das postsowjetische Territorium als russische Einflusssphäre wurde von Putin schon vor seiner Wahl zum Präsidenten Russlands erhoben. In seiner Eigenschaft als Ministerpräsident erklärte er auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates im Dezember 1999 zwar beruhigend, Russland werde mit den GUS-Staaten „ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichheit“ zusammenarbeiten. Gleichzeitig sagte er, dass die „ehemaligen Sowjetrepubliken *naturliche Verbündete [Russlands]* im postsowjetischen Raum“ seien, und „ohne irgendwen oder irgendetwas innerhalb unserer Zone strategischer Interessen hervorzuheben, sollten wir jedem dieser Staaten eine strategische Partnerschaft anbieten.“<sup>21</sup> Zudem war für Putin der Zusammenbruch der UdSSR „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“.<sup>22</sup> Er fügt dem zwar gleich hinzu, in der Politik Moskaus in diesem Raum ginge es nicht um die Wiederherstellung der UdSSR, man müsse jetzt „auf die Realitäten schauen“. Setzt man allerdings die Einzelbestandteile seiner Politik in Europa östlich des Bugs zu einem Gesamtbild zusammen, wird deutlich, dass er diesen Raum weiterhin als russische Einflusssphäre betrachtet. Ebenso klar ist seine Sicht der Konkurrenz mit dem Westen als Teil eines geostrategischen Nullsummenspiels (der Gewinn einer Seite ist ein Verlust für die andere Seite), wenn er feststellt, in den internationalen Beziehungen könne es „kein Vakuum“ geben: „Würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS

enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde.“<sup>23</sup> Von derartigen Äußerungen zieht sich eine gerade Linie zur „Medwedjew-Doktrin“, dem von Präsident Dimitrij Medwedjew erhobenen Anspruch auf den postsowjetischen Raum als eine Region „privilegierten Interesses“ der Russischen Föderation.<sup>24</sup>

Die Konkretisierung des Anspruchs ließ sich am klarsten an der Verschärfung der von Putin 2007 in München eingeleiteten Kampagne gegen die NATO-Osterweiterung ablesen. Ein taktisch erfolgversprechender Ansatz war dabei, russlandkritische „neue“ europäische Länder (wie Polen und die Baltischen Staaten), die Washingtons Kurs unterstützen, gegen russlandfreundliche „alte“ (wie Deutschland, Frankreich und Italien) auszuspielen.<sup>25</sup>

### **Verschärfung der Kampagne und die Anwendung militärischer Macht**

Die Verschiebung der Frage einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens auf unbestimmte Zeit war Putin offensichtlich nicht genug. Er wollte, so hatte es den Anschein, eine Mitgliedschaft prinzipiell ausschließen. Diesem Ziel sollte vermutlich die Aufrechterhaltung einer Drohkulisse dienen. So warnte er auf der Sitzung des NATO-Russland-Rats am 4. April in Bukarest und auf dem Treffen mit Bush am 6. April in Sotschi, dass Russland Abchasien und Südossetien anerkennen könnte, falls Georgien weiter auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft voranschreiten würden. Zudem stellte er die Existenzberechtigung und territoriale Integrität der Ukraine in Frage. Dem Bericht eines Zeugen der Gespräche zufolge führte Putin gegenüber Bush aus, dass die Ukraine „keine richtige Nation“ sei; ein großer Teil ihres Territoriums sei von Russland „weggegeben“ worden; und sollte die Ukraine der NATO beitreten, würde die Ukraine „aufhören als Staat zu existieren“. Russland könnte eine Abspaltung der Krim und der östlichen Landesteile der Ukraine betreiben.<sup>26</sup> Auch Außenminister Lawrow warnte, dass Russland alles tun würde, um einen NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine zu verhindern. Weiterhin stellte er fest, dass die NATO-Osterweiterung „ein Strukturproblem“ in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland sei. Diese Frage beeinträchtigte auch Russlands bilaterale Beziehungen mit „den Nato Ländern, welche diese Sache vorantreiben“ und belas-

teten das Verhältnis zu den Beitrittskandidaten.<sup>27</sup> Auch das russische Militär wurde wiederum in den Aufbau der Drohkulisse mit einbezogen. So warnte Generalstabschef Jurij Balujewskij, dass Russland militärische „und andere Arten von Maßnahmen“ gegen Georgien und die Ukraine ergreifen würde, falls diese Länder sich auf die NATO-Mitgliedschaft hin bewegten.<sup>28</sup>

Die militärischen und anderen Arten von Maßnahmen wurden tatsächlich gegen Georgien ergriffen. Die Sezessionskonflikte in Abchasien und Südossetien dienten Moskau dabei als Hebel. Die Verhaftung von Agenten des russischen Militärgeheimdienstes GRU Ende September 2006 in Tiflis beantwortete Moskau mit scharfen Worten und Strafmaßnahmen. Putin griff die Politik der georgischen Führung als „Staatsterrorismus“ an<sup>29</sup> und meinte, diese sei der „Politik des [Geheimdienstchefs Stalins] Lawrentij Pawlowitsch Berija sowohl innerhalb des Landes als auch in der internationalen Arena ähnlich“.<sup>30</sup>

Das Außenministerium stellte die territoriale Integrität Georgiens mit den Worten in Frage, diese sei „eher ein möglicher Zustand, als politisch-rechtliche Wirklichkeit“.<sup>31</sup> Es unterhöhlte die Souveränität Georgiens, indem es die Mehrheit der Abchasen und Südosseten mit russischen Pässen ausstattete (*passportisazija*). Dieser Schritt hatte auch eine ominöse Dimension: Eine Militärintervention, wie sie dann tatsächlich im August 2008 stattfand, konnte damit gerechtfertigt werden, dass „russische Staatsbürger“ geschützt werden müssten.

Die gegen eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens gerichtete Pressionspolitik wurde in den Verbindungen sichtbar, die Moskau zwischen der „anti-russischen“ Politik Saakaschwilis und seinem Bestreben zog, der NATO beizutreten. So behauptete der russische Außenminister Sergej Lawrow, das georgische Vorgehen gegen GRU-Offiziere und bestimmte Erklärungen in Bezug auf die Kodori-Schlucht seien „unmittelbar auf die Billigung der intensivierten Zusammenarbeit [Intensified Dialogue] mit Georgien durch die Nato-Länder gefolgt.“<sup>32</sup> Lawrow äußerte auch den Verdacht, dass Georgien die Nato für eine militärische Lösung der „eingefrorenen Konflikte“ in seinen abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien instrumentalisieren wolle.<sup>33</sup> Putin schlug in dieselbe Kerbe und drohte auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats: „Diese Leute [in der georgischen Führung] denken, sie könnten sich sicher fühlen unter dem Schutz ihrer ausländischen Förderer, aber ist das wirklich so?“<sup>34</sup> In einem

Telefongespräch mit US-Präsident George W. Bush am folgenden Tag bekräftigte er seine Position und warnte „Drittländer“ davor, Schritte zu unternehmen, die Georgien ermutigen könnten, sich „destruktiv“ zu verhalten.<sup>35</sup>

Die von Russland in Anspruch genommene Aufgabe, seine Staatsbürger im Ausland zu „schützen“, bekam im Jahre 2008 eine militärische Dimension: Am 29. April entsandte Russland zusätzliche Truppen (Fallschirmjäger) und Waffen (Artillerie, Schützenpanzer) nach Abchasien. Die Verstärkungen stellte Moskau als Aufstockung der GUS-Friedenstruppe und als Reaktion auf angebliche georgische Truppenkonzentrationen im oberen Kodori-Tal dar. Ende Mai verlegte Moskau ein Bataillon Eisenbahntruppen nach Abchasien, um dort nach eigenen Angaben Reparaturarbeiten am Schienennetz auszuführen.<sup>36</sup> Dieser Schritt versetzte die russische Armee in die Lage, bei Bedarf Kampfpanzer auf Eisenbahnwagons nach Süden zu transportieren.

Im Juli 2008 gab das russische Verteidigungsministerium erstmals den Flug zweier russischer Kampfjets über Südossetien zu und das Außenministerium erklärte, Ziel dieser Aktion sei es gewesen, „Hitzeköpfe“ in Tiflis abzukühlen. In demselben Monat hielten die russischen Streitkräfte im Nordkaukasus umfangreiche Militärmanöver ab, an denen 8 000 Soldaten, 700 Panzerfahrzeuge und 30 Militärflugzeuge sowie Spezialeinheiten des russischen Innenministeriums teilnahmen. Die Übungen wurden ebenfalls in den Zusammenhang einer angeblich verschärften Situation in Abchasien und Südossetien gestellt: Eines der Ziele der Manöver sei es gewesen, „Fragen zu lösen, die sich mit der Teilnahme von Truppen des [nordkaukasischen] Militärbezirks an Sonderoperationen zur Erzwingung des Friedens in Zonen militärischer Konflikte verbinden“.<sup>37</sup>

Diese Fragen wurden im russischen Verständnis offensichtlich wirksam mit der massiven Militärintervention der russischen Streitkräfte und Sondertruppen gelöst.

### **Erfolg russischer Strategie und Taktik?**

Die russische Militärintervention in Georgien kann als Höhepunkt der russischen Kampagne gewertet werden, den Aufbau amerikanischer Militärpräsenz in Osteuropa und im Kaukasus sowie eine weitere Runde der NATO-Osterweiterung unter Einschluss Georgiens und der

Ukraine zu verhindern. Die von Putin in München 2007 eingeleitete Kampagne zeigte sofort Wirkung. Ein typisches Beispiel dafür war Deutschland. Wie in anderen europäischen Ländern führten die Drohgebärden des Kremls zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen, auch innerhalb der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD. Schon drei Stunden nach Putins Rede setzte der SPD-Vorsitzende, Kurt Beck, einen deutlichen Akzent. Er wollte dem Eindruck entgegentreten, sagte er, dass die Rede des russischen Präsidenten der Auftakt zu einem neuen Kalten Krieg gewesen sei. Das Gegenteil sei der Fall. Man müsse Putin danken für seine Offenheit. „Es ist gut, sich über Probleme offen auszutauschen“, meinte er. Auf dieser Basis könne man solide zusammenarbeiten.<sup>38</sup> Später sprach er von einem „erstaunlichen Maß an Offenheit“ in der Putin-Rede, das ihn überrascht hätte.<sup>39</sup> Das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem lehnte er kategorisch ab: „Es ist ein Irrglaube, dass mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen.“<sup>40</sup> Die Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen dürfe nicht dazu führen, neues Misstrauen oder neue Unsicherheiten hervorzurufen. „Wir müssen alles tun, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern“, betonte er.<sup>41</sup> Unterstützung erhielt der SPD-Parteichef von Egon Bahr, ehemaliger außenpolitischer Strategie der Partei. Wie Beck warnte er vor einer neuen Rüstungsspirale. Der Raketenschirm sei ein Instrument, sagte er, welches Europa spalte und damit gegen die Interessen der EU gerichtet.<sup>42</sup>

Die FDP war ebenfalls über eine mögliche „Spaltung Europas“ besorgt. Ein amerikanisches Abwehrsystem in Osteuropa dürfe „keine bilaterale Geschichte“ sein, sagte Generalsekretär Dirk Niebel. Er kritisierte die Bundesregierung mit den Worten, sie habe in den Plänen aus Washington und Warschau nicht früh genug die „Gefahr eines neuen Wettrüstens“ und die „Abwertung des NATO-Bündnisses“ erkannt.<sup>43</sup> Sie forderte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf, bei seinem USA-Besuch klar gegen das System Stellung zu beziehen. Die Linkspartei befürchtete laut Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch ebenfalls ein neues Wettrüsten. Kritisch äußerten sich auch die Grünen: Europa sei weder eine „Kolonie der US-Bush-Regierung“ noch ein „Schauplatz für Aufrüstungsperspektiven“, sagte Parteichefin Claudia Roth.<sup>44</sup>

Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier nahmen eine moderatere, aber dennoch kritische Haltung an. Letzterer warnte die USA vor einem Alleingang beim Aufbau eines Raketen-

abwehrsystems in Osteuropa. Steinmeier widersprach damit den Regierungen in Warschau und Prag, die die US-Stationierungspläne in ihren jeweiligen Ländern lediglich als bilaterale Angelegenheit betrachteten. Einen Tag vor seiner Reise nach Washington forderte der SPD-Politiker die Bush-Regierung zur Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik auf. In deutlicher Anspielung auf die von Rumsfeld getroffenen Unterscheidungen (s. Anm. 25) meinte Steinmeier, die Debatte dürfe Europa nicht spalten: „Weder die Nato noch die EU darf sich über die notwendige offene Debatte entzweien. Es gibt kein ‚altes‘ und ‚neues‘ Europa, und niemand sollte versuchen, aus kurzfristigem Kalkül solche Spaltpilze zu nähren“, mahnte Steinmeier.<sup>45</sup>

Zudem rief Steinmeier die Regierungen in Washington und Moskau dazu auf, nicht in das Denken des Kalten Kriegs zurückzufallen. In der Diskussion über die Sicherheitspolitik müsse sich beweisen, „ob wir in der Lage sind, überholte Denkmuster des Gegeneinanders und der Konfrontation zu überwinden“. Dauerhafter Friede basiere nicht mehr auf militärischer Abschreckung, sondern auf der Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Ein Raketenabwehrsystem dürfe weder Ursache noch Vorwand für eine neue Rüstungsrunde sein. „Kein noch so ausgefeiltes militärisches Abwehrsystem kann hundertprozentigen Schutz gewähren“, schrieb er. „Unsere oberste Priorität bleibt deshalb Abrüstung, nicht Aufrüstung. Wir wollen kein neues Wettrüsten in Europa!“<sup>46</sup>

Ganz anders war die Lesart der CDU/CSU. Man solle nicht auf die Propaganda Moskaus hereinfallen, wonach dieses Raketenabwehrsystem gegen Russland gerichtet sei, sagte Eckart von Klaeden (CDU), außenpolitischer Sprecher der Unions-Fraktion.<sup>47</sup> Die zehn Abwehr-raketen, die stationiert werden sollten, seien kein wirksamer Schild gegen Tausende von russischen Nuklearraketen. Das System richte sich vielmehr gegen Gefahren, die vom iranischen Atom- und Raketenprogramm ausgingen. Wer eine überzeugende Strategie gegen Iran verfolge, „der muss das Raketenprojekt ernsthaft in Erwägung ziehen“, sagte von Klaeden.<sup>48</sup> „Insofern ist die Kritik von Herrn Beck unverständlich.“ Der CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor zu Guttenberg wandte sich gegen die These von einem „neuen Kalten Krieg. „Verbale Abrüstung wäre angesagt.“ Man sollte sich „nicht der Zielsetzung russischer Spaltungsinteressen ergeben“. <sup>49</sup>

In der öffentlichen Meinung in Deutschland fiel die russische Kampagne allerdings auf fruchtbaren Boden. So ergab etwa eine im Auftrag

der Zeitschrift „Stern“ wenige Wochen nach Putins Auftritt in München durchgeführte Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa, dass 72 Prozent aller Deutschen das geplante Raketenabwehrsystem ablehnten. In derselben Umfrage meinten 48 Prozent der Bundesbürger, dass von den USA eine größere Bedrohung für den Weltfrieden ausginge als vom Iran. Nur 31 Prozent hielten Teheran für bedrohlicher als Washington.<sup>50</sup> Es wäre verfehlt, derartige Ergebnisse als eine direkte Folge der russischen Drohgebärdens anzusehen. Die Politik der Neokonservativen spielte dabei vermutlich eine ebenso große Rolle. Auch bei anderen Entwicklungen lässt sich nicht nachweisen, dass diese eine direkte Konsequenz der russischen Drogungen sind. Zu vermuten ist allerdings, dass sie dazu *beitrugen*, die vom Kreml angestrebte Richtung zu nehmen.

Dies trifft unter anderem für das Scheitern der amerikanischen Anstrengungen zu, Georgien und die Ukraine näher an die NATO-Mitgliedschaft heranzuführen. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 wurde keine Einigung darüber erzielt, den beiden Ländern einen Membership Action Plan anzubieten. Das State Department versuchte ex post facto den Eindruck zu erwecken, als seien nur Deutschland und deutsche Ängste vor negativen Reaktionen Russlands der Grund für das Scheitern der amerikanischen Vorstellungen gewesen. Dies traf allerdings nicht zu. Auch andere europäische Staaten hatten ihre Ablehnung deutlich gemacht.<sup>51</sup>

Die Drohpolitik Moskaus trug zweifellos auch zum Wandel der amerikanischen Politik bei – sowohl indirekt als auch direkt: Die in der europäischen öffentlichen Meinung weit verbreitete Besorgnis über eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Russland und dem Westen und einer neuen Rüstungskonkurrenz, die auch von Regierungen geteilt wurde, wurde zu einem Faktor in der amerikanischen Außenpolitik, den man berücksichtigen musste. In Washington setzte sich die Ansicht durch, dass die Russlandpolitik der Neokonservativen gescheitert war. Die Ankündigung einer Abkehr der Regierung Barack Obama von dieser Politik erfolgte durch Vizepräsident George Biden auf der 45. Internationalen Sicherheitskonferenz in München am 7. Februar 2009. „Die letzten Jahre waren von einer gefährlichen Drift in den Beziehungen zwischen Russland und der [Atlantischen] Allianz gekennzeichnet“, stellte er fest. „Es ist Zeit, um Präsident Obama zu zitieren, die Rückstelltaste zu drücken und zu den vielen Bereichen zurückzukehren, in denen wir zusammenarbeiten können.“<sup>52</sup>

Mitte September 2008, wenige Wochen nach der russischen Intervention in Georgien, gab die Regierung Obama den Plan für einen Raketenschutz in Osteuropa auf. Als Begründung wurde erstens angegeben, dass Teheran sein Programm zur Entwicklung von Langstreckenraketen nicht so schnell wie angenommen vorangetrieben hätte; zweitens, dass sich ein verändertes Abwehrprogramm auf den Schutz vor iranischen Kurz- und Mittelstreckenraketen konzentrieren würde; und drittens, dass dadurch eine bessere und schnellere Verteidigung der amerikanischen Verbündeten in Europa erreicht werden könnte.<sup>53</sup> Die wahren Gründe lagen vermutlich woanders, nämlich in dem Bestreben der Obama-Administration, Russland zu schärferen Sanktionen gegen Iran und verstärkter Zusammenarbeit beim Kampf gegen die Taliban in Afghanistan zu bewegen. Eine verschärfte Konkurrenz mit Russland in Osteuropa und im Kaukasus, so die neue Überzeugung in Washington, hätte diesen Zielsetzungen widersprochen.

## Fazit

Die Rede, die der russische Präsident am 10. Februar 2007 auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik hielt, war der Auftakt zu einer Kampagne, deren Kern die Drohung war, dass eine Fortsetzung der Russland- und Europapolitik der Vereinigten Staaten und die Unterstützung dieser Politik durch europäische Verbündete der USA zu einer Verschärfung des Verhältnisses zwischen Russland und den USA (und der NATO) und zu einem neuen Wettrüsten in Europa führen würden. Der Begriff „neuer Kalter Krieg“ wurde von ihm nicht ausdrücklich gebraucht, es war aber offensichtlich, dass diese Gefahr beschworen werden sollte, und in der Tat drehten sich nachfolgende Diskussionen um derartige Risiken. Sprecher des Kremls und des russischen Generalstabs stellten dies unter anderem mit der Warnung sicher, dass die amerikanischen Pläne zum Aufbau von Komponenten der amerikanischen strategischen Raketenabwehr in Ostmitteleuropa zu einer Krise wie in Kuba im Jahre 1962 führen könnten. Zudem verglichen sie die Pläne der Stationierung von Abwehrwaffen in Ostmitteleuropa mit der Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa nach 1983 – also zu einem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Derartige Vergleiche und Zuordnungen hinken allerdings, da sich die Bedingungen gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts wesentlich von denen des Kalten Krieges unterschieden. Die

ideologische Komponente fehlte völlig, insbesondere das sowjetideologische Postulat eines „unvermeidlichen Antagonismus zwischen Imperialismus und Kapitalismus“, der nur durch den Sieg des einen über das andere „Weltsystem“ aufgelöst werden könnte. Auch wenn die Wirklichkeit davon abwich, bekannte sich das „neue Russland“ auch unter Putin zu gemeinsamen europäischen Werten und war vielfältig in (immer noch westlich dominierte) internationale Organisationen ein- oder an diese angebunden.

Trotz der wesentlichen Unterschiede zwischen Vergangenheit und Gegenwart waren die russischen Warnungen vor einem „neuen Kalten Krieg“ in Form einer nachhaltigen Verschärfung der „Ost-West-Beziehungen“ und einer Rückkehr zur Rüstungskonkurrenz zumindest zum Teil erfolgreich. Wenn auch andere Faktoren mitspielten, gehörten der „reset“ der Russlandpolitik Obamas, die Aufgabe der amerikanischen Pläne, einen Raketenenschirm in Osteuropa aufzubauen und Georgien als auch die Ukraine in die NATO zu holen, zu den Folgen – und Erfolgen – der russischen Drohpolitik.

- 1 | *Rede Putins am 10.02.2007 auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, [http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu\\_2007=&menu\\_konferenzen=&sprache=en&id=179&](http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=en&id=179&).*
- 2 | *Putins Rede zur Lage der Nation am 26.4.2007, [http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2007/04/26/1209\\_type70029type82912\\_125670.shtml](http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2007/04/26/1209_type70029type82912_125670.shtml).*
- 3 | *Einzelheiten dazu und zu den nachfolgenden Ausführungen bei Hannes Adomeit: Putins Paukenschläge: Wie Russland sich vom „strategischen Partner“ zum Risikofaktor wandelt, in: Internationale Politik (Berlin), Vol. 63, No. 2 (Februar 2008), S. 53-62.*
- 4 | *In einem Interview mit der Financial Times, 11.12. 1999.*
- 5 | *Rede Putins auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik [wie Anm. 1] (Hervorhebung nicht im Original; Übersetzung des Autors.) Die Rede liegt nur in englischer Übersetzung aus dem Russischen vor. Allerdings zitierte Putin Generalsekretär Manfred Wörner falsch. Es gab keine „feste Garantie“, dass sich die Nato nicht über Deutschland hinaus erweitern würde: (1) Der Kontext der Erklärungen Wörners war nicht Europa östlich Gesamtdeutschlands, sondern die Frage, ob Nato-Truppen in der ehemaligen DDR stationiert werden könnten. Wörtlich sagte er: "The very fact that we are ready not to deploy NATO troops beyond the territory of the Federal Republic gives the Soviet Union firm security guarantees." Er stellte keinen Bezug zu den ehemaligen Mitgliedsländern des Warschauer Pakts her. (2) Das Datum vom 17. Mai 1990 für Wörners Vortrag ist zwar korrekt, aber er wurde nicht „nach“, sondern vor der Auflösung des Warschauer Pakts gehalten. Seine militärischen Strukturen wurden erst am 25. Februar 1991 aufgelöst, der Pakt selbst am 1. Juli 1991. Quelle:*

- "The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s", Address by Secretary General, Manfred Wörner, to the Bremer Tabakskollegium, Brussels, May 17, 1990, [http://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a\\_e.htm](http://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a_e.htm).*
- 6| Am 31.5.2007 in Moskau auf einer Pressekonferenz nach Abschluss von Gesprächen mit dem Präsidenten Griechenlands, Karolos Papoulias, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2007/05/132212.shtml> (Hervorhebung nicht im Original).
- 7| Dekret (ukas) des Präsidenten vom 14.7.2007, <http://www.kremlin.ru/text/docs/2007/07/137830.shtml>, und entsprechende Begründung des Erlasses (spravka), <http://www.kremlin.ru/text/docs/2007/07/137831.shtml>. In seiner Rede zur Lage der Nation am 26.4.2007 (siehe Anm. 2) begründete Putin die Aussetzung des Vertrags auch mit den Raketenabwehrplänen der USA. Der KSE-Vertrag von 1990 zwischen den Mitgliedsstaaten der Nato und des Warschauer Paktes regelt die Aufstellung von Truppen und schweren konventionellen Waffen in Europa und legt dafür Obergrenzen fest. Nach Auflösung des Warschauer Paktes wurde 1999 ein „angepasster KSE-Vertrag“ (AKSE) der beteiligten Staaten abgeschlossen. Von den 30 Teilnehmerstaaten haben bisher nur Russland, Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine den adaptierten KSE-Vertrag ratifiziert, aber nicht die Nato-Staaten.
- 8| Auf einer Pressekonferenz in Moskau am 19.2.2007; Interfax (Moskau, russ.), 19.2.2007.
- 9| Pressekonferenz General Solowzows am 19.2.2007, Interfax (russ.), 19.2.2007; Pressekonferenz Balujewskij am 15.2.2007, Rossija možet vyiti iz dogovora s SSHA o likvidacii raket (Russland könnte aus dem Vertrag mit den USA über die Beseitigung von Raketen aussteigen), RIA Novosti (Moskau, russ.), 15.2.2007.
- 10| Solowzow [wie Anm. 8].
- 11| Balujewskij [wie Anm. 8].
- 12| Die Darstellung der „Iskander“-Zusammenhänge bei Manfred Quiring, Russland muss auf Kaliningrad-Raketen verzichten, 28.1.2009, <http://www.welt.de/politik/article3106920/Russland-muss-auf-Kaliningrad-Raketen-verzichten.html>.
- 13| Russia Restores Soviet-Era Strategic Bomber Patrols, RIA Novosti, 17.8.2007.
- 14| Russia to Have 5-6 Aircraft Carriers in Northern, Pacific Fleets, RIA Novosti, 27.7.2008.
- 15| So der russische Botschafter in Israel in einem Interview, Novosti nedeli, 20-26.12.2007.
- 16| Russian Military "Modernizing", Not Reforming – Ivanov, Eurasia Daily Monitor, Vol. 4, No. 32, 14.2.2007.
- 17| In einer Rede vor der Bürgerunion, einem Mitte-Rechts-Wahlbündnis, ITAR-TASS (russ.), 1.3.1993 (Hervorhebung nicht im Original).
- 18| Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation über die Bestätigung des „Strategischen Kurses der Russischen Föderation in den Beziehungen mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (russ.), Rossijskaja gazeta, 23.9.1995, S. 4 (Hervorhebung nicht im Original).
- 19| Mittelfristige Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union 2000-2010 (russ.), Diplomaticeskii vestnik (Moskau), November 1999.
- 20| Ebd.
- 21| NTV-Kanal des russischen Fernsehens, 15.12.1999, SWB SU/3720 B/6, 17.12.1999 (Hervorhebung nicht im Original).

- 22| In einer Rede vor rund 500 Journalisten und zu Beginn seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen am 12.02.2004; Putin sčitaet ršapad SSSR obščenacional'noj tragediej [Putin hält den Zusammenbruch der UdSSR für eine nationale Tragödie], Nasledie otečestva, 12.2.2004 und „Chotel uspokoit' ljudej“ [„Ich wollte die Menschen beruhigen“], Gazeta, 13.2.2004.
- 23| Putin auf der Konferenz der russischen Botschafter am 12.7.2004 in Moskau, <http://www.kremlin.ru/texht/appears/2004/07/74399.shtml>.
- 24| Medwedjew in einem Fernsehinterview mit den Sendern Pervyj kanal, Rossija und NTV, 31.8.2008.
- 25| Die Begrifflichkeit vom „alten“ und „neuen Europa“ hatte der damalige amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf der 41. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2005 geprägt.
- 26| Kommersant, 7.4.2008; Moscow Times, 8.4.2008, zit. bei Vladimir Socor, *Moscow Makes Furious but Empty Threats to Georgia and Ukraine*, Eurasia Daily Monitor, Vol. 5, No. 70, 14.4. 2008. Außenminister Lawrow bestätigte praktisch diesen Bericht in einem Radio Interview: „Sowohl in Bukarest als auch in Sotschi hat Putin daran erinnert, wie die heutige Ukraine in ihren gegenwärtigen Grenzen geschaffen wurde. Er [erinnerte auch an] die Gegensätze zwischen der westlichen Ukraine und ihren östlichen und südöstlichen Regionen. Er sagte, dass das, was getan werde, um die Ukraine in die Nato zu ziehen, nicht die wichtige Aufgabe erleichtern würde, der Ukraine zu helfen, ihre Einheit zu bewahren.“ Radio Interview mit Eko Moskvy am 8.4.2008, zit.: bei Socor, ebenda.
- 27| Interfax, 6.4.2008, zit. bei Socor, *Moscow Makes Furious Threats* [wie Fn. 26].
- 28| Generalstabschef Balujewskij am 7.4.2008, Interfax, 11.4.2008, zit. bei Socor, *Moscow Makes Furious Threats* [wie Fn. 26].
- 29| *Moskva i Tbilisi na poroge cholodnoj voiny* [Moskau und Tiflis an der Schwelle zum Kalten Krieg], Pervyj kanal – novosti, 1.10.2006. Die Angriffe Putins waren im Ersten Kanal des staatlichen russischen Fernsehens zu sehen, wurden aber nicht auf die Webseite des Kremls ([www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru)) gestellt.
- 30| Auf einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats am 1.10.2006, [http://www.kremlin.ru/appears/2006/10/01/0000\\_type63378\\_111833.shtml](http://www.kremlin.ru/appears/2006/10/01/0000_type63378_111833.shtml).
- 31| So der Sprecher des russischen Außenministeriums Michail Kamynin; Interfax (russ.), 1.10.2006.
- 32| Zitiert bei Jurij Simonian u.a., Tbilisi prošel točku vozvrata [Tiflis hat den Rubikon überschritten], Nezavisimaja gazeta, 29./30.9.2006. Die Kodori-Schlucht trennt Abchasien von anderen Landesteilen Georgiens. Im Sommer 2006 war es Tiflis gelungen, einen örtlichen Milizenführer zu vertreiben, der die Schlucht beherrscht und dort eine abchasische Exilregierung eingerichtet hatte. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili gab bekannt, dass die Schlucht als „Oberes Abchasien“ bezeichnet und wieder der staatlichen Zentralgewalt Georgiens unterstellt werde. – Der Intensivierte Dialog über Mitgliedschaft wurde Georgien am 21.9.2006 angeboten. Auf der Nato-Website vom 3.10.2006 heißt es dazu: „In the context of the Intensified Dialogue, Georgia will have access to a more intense political exchange with Nato Allies on its membership aspirations and relevant reforms, without prejudice to any eventual Alliance decision on a further membership process.“ Quelle: <http://www.nato.int/docu/update/2006/09-september/e0921c.htm>.
- 33| Lawrow in einem Interview mit der Zeitung des Verteidigungsministeriums, Krasnaja zvezda (online), 12.12.2006.

- 34| Putin am 1. Oktober 2006 auf einer Konferenz des Nationalen Sicherheitsrats [wie Fn. 30].
- 35| Putin dem Pressedienst des Kreml zufolge, zitiert nach Bloomberg News Service, 3.10.2006.
- 36| RIA Novosti (russ.), 7.6.2008.
- 37| So der Sprecher des Oberkommandos der russischen Landstreitkräfte, Oberst Igor' Konašenkov; ITAR TASS (russ., Moskau), 15.7.2008.
- 38| Kurt Beck auf der Siko: Rutschfest auf glattem Parkett, www.sueddeutsche.de, 11.2.2007, <http://www.sueddeutsche.de/politik/kurt-beck-auf-der-siko-rutschfest-auf-glattem-parkett-1.305069>.
- 39| Ebd.
- 40| Beck auf einem außenpolitischen Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin; Koalition streitet über US-Pläne. Neues Konfliktfeld Raketenabwehr, www.sueddeutsche.de, 19.3.2007, <http://www.sueddeutsche.de/politik/koalition-streitet-ueber-us-plaene-neues-konfliktfeld-raketenabwehr-1.434705>.
- 41| Ebd.
- 42| Raketenenschirm: Beck schrödert sich ins Herz der Partei, www.spiegel.de, 20.3.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,472820,00.html>.
- 43| Koalition streitet über US-Pläne [wie Fn. 40].
- 44| Ebd.
- 45| Gastbeitrag Frank-Walter Steinmeiers, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.3.2007.
- 46| Ebd.
- 47| Koalition streitet über US-Pläne [wie Fn. 40].
- 48| Ebd.
- 49| Ebd.
- 50| Deutsche halten USA für bedrohlicher als Iran, www.stern.de, 28.3.2007, <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-deutsche-halten-usa-fuer-bedrohlicher-als-den-iran-585728.html>.
- 51| Siehe die Analyse Congressional Research Service, Report for Congress, The Bucharest Summit 2008, www.fas.org, 5.6.2008, <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22847.pdf>.
- 52| Remarks by Vice President Biden at the 45th Munich Conference on Security Policy, www.whitehouse.gov, 7.2.2009, [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/RemarksbyVicePresidentBidenat45thMunichConferenceonSecurityPolicy/](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/RemarksbyVicePresidentBidenat45thMunichConferenceonSecurityPolicy/).
- 53| Wernicke, Christian: Verzicht auf Raketenchild: Obama stoppt Bushs Aufrüstung, www.sueddeutsche.de, 19.9.2007, <http://www.sueddeutsche.de/politik/verzicht-auf-raketenchild-obama-stoppt-bushs-aufruestung-1.44841>; Scharfe Kritik am Raketenchild-Aus, www.focus.de, 18.9.2008, [http://www.focus.de/politik/ausland/barack-obama-scharfe-kritik-am-raketenchild-aus\\_aid\\_436815.html](http://www.focus.de/politik/ausland/barack-obama-scharfe-kritik-am-raketenchild-aus_aid_436815.html).